

26.11.2009 - Universitäten / Studenten / Protest / Rektoren

Studentenproteste: Rektoren fordern Uni-Finanzierungs-Gesetz ein

Utl.: Uniko fordert bis 2015 eine Mrd. Euro mehr - Winckler für "weniger kostenintensive Besetzungsformen"=

Wien (APA) - Die Rektoren wollen sich in die beim Hochschuldialog beschlossenen Arbeitsgruppen einbringen und "aus dem Protest etwas Konstruktives machen", betonte der Präsident der Universitätenkonferenz (uniko), Christoph Badelt, am Donnerstag bei einer Pressekonferenz in Wien. Themen wie die Uni-Finanzierung seien aber bereits lange genug beredet worden, "da braucht es nicht weitere Diskussionen, sondern Beschlüsse", fordern die Rektoren eine "gesetzliche Roadmap" für das Ziel, bis 2020 zwei Prozent des BIP für Hochschulen aufzuwenden, und damit die "Unterfinanzierung der Unis abzubauen". Bis 2015 würde dies eine Mrd. zusätzlich für die Unis bedeuten.

Um es der Politik zu erleichtern, haben die Rektoren bereits einen Entwurf für ein entsprechendes Gesetz vorbereitet, das eine jährliche Steigerung des Uni-Budgets von 2,772 Mrd. Euro im Jahr 2010 auf 3,634 Mrd. Euro im Jahr 2015 vorsieht. Das könnte schon in den nächsten Wochen im Ministerrat beschlossen und im ersten Quartal 2010 vom Parlament verabschiedet werden, sagte Badelts Stellvertreter in der uniko und Rektor der Universität für Angewandte Kunst, Gerald Bast. Auch Deutschland habe beschlossen, in den nächsten vier Jahren 14 Mrd. Euro ins Hochschul-System hineinzupumpen.

Ihren "Gesetzesentwurf" haben die Rektoren bereits beim Hochschuldialog am Mittwoch Wissenschaftsminister Johannes Hahn (V) überreicht. Dieser habe aber gemeint, dass Österreich ohnehin auf gutem Weg sei - was die Rektoren ganz anders sehen. "Hätte man nicht so hohen Respekt vor Regierung und Parlament, könnte man sich gefrotzelt fühlen", sagte Bast unter Hinweis auf das bereits mehrfach beschlossene, aber nie konkret umgesetzte Zwei-Prozent-Ziel.

Das Geld sei nicht nur notwendig, um die Kapazitäten in den überlaufenen Studienrichtungen auszuweiten, sondern sollte auch in den Ausbau der Doktoratstudien und der Spitzenforschung sowie in Infrastruktur und Uni-Bauten investiert werden, betonte Badelt. Einige der im Zuge der Studentenproteste aufgeworfenen Fragen könnten die Unis aber selbst lösen, etwa die Verbesserung der neuen Studienpläne nach dem Bologna-System. Badelt sagte zu, dass die Unis dies angehen würden, auch die in Senaten und Studienkommissionen vertretenen Studenten sollten hier "Drive hineinbringen".

Für den Rektor der Uni Wien, Georg Winckler, besteht "hoher Handlungsbedarf". Das Budget der Uni Wien sei in den vergangenen Jahren im Schnitt um 2,5 Prozent gewachsen, die Studentenzahl dagegen um drei Prozent und sei im laufenden Studienjahr mit einem enormen Ansturm konfrontiert. Dennoch habe man Autonomie-Spielräume nutzen und die Betreuungsrelation in den vergangenen Jahren verbessern können, nun falle man aber unter das Niveau von 2004 zurück.

Im Zusammenhang mit den Hörsaal-Besetzungen an seiner Uni bezifferte Winckler die bisherigen zusätzlichen Aufwendungen mit 500.000 bis 600.000 Euro. Wenn man nun in die Phase konstruktiver Besprechungen komme, "sollten die Hörsäle wieder für Lehrveranstaltungen zur Verfügung stehen, das erwartet auch die Öffentlichkeit", sprach sich Winckler für "weniger kostenintensive Besetzungsformen aus. "In der Lehrveranstaltungszeit sollten Hörsäle für Lehrveranstaltungen offenstehen."
(Schluss) cm/aku/ham

APA0216 2009-11-26/11:47

261147 Nov 09

© APA - Austria Presse Agentur reg.GenmbH. Alle Rechte vorbehalten. Die Meldungen dürfen ausschließlich für den privaten Eigenbedarf verwendet werden - d. h. Veröffentlichung, Weitergabe und Abspeicherung ist nur mit Genehmigung der APA möglich. Sollten Sie Interesse an einer weitergehenden Nutzung haben, wenden Sie sich bitte an Tel. ++43-1/36060-5750 oder an zukunftwissen@apa.at.